

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsbüro: Maximilian-Str. 28
Verlagsbüro: Maximilian-Str. 28
Telefon: 11801-11802

Bezugspreis bei regelmäßiger Bestellung monatlich 3.00 RM. (einschließlich 10 % für Zustellung), bei halbjährlicher 16.00 RM. (einschließlich 10 % für Zustellung), bei jährlicher 31.00 RM. (einschließlich 10 % für Zustellung). Einzelhefte 10 Pf. (einschließlich 10 % für Zustellung). Auslandspostzuschlag 50 %.

Druck: W. Wagner & Sohn, Leipzig
Verleger: W. Wagner & Sohn, Leipzig

Scharfe Note der Signatarmächte an Litauen

Drohung mit dem Haager Gerichtshof

Genf, 16. März. Aus Kreisen der Signatarmächte der Remelkonvention verlautet, daß die Signatarmächte entschlossen sind, noch heute eine sehr energisch gehaltene Note an die litauische Regierung zu richten, worin diese aufgefordert wird, im Remelgebiet durch Einsetzung eines Direktoriums, das das Vertrauen der Bevölkerung genießt, für verfassungsmäßige Zustände zu sorgen. Die Note soll die Warnung enthalten, daß die Signatarmächte sich unter Umständen gezwungen sehen könnten, Litauen wegen Bruches der Remelkonvention vor dem Haager Gerichtshof anzuklagen. Die Note soll einen außerordentlich scharfen Charakter tragen und in sehr entschiedener Weise darauf hinweisen, daß die Verträge der Bildung eines Vandesdirektoriums im Remelgebiet in Widerspruch mit den Bestimmungen der Remelkonvention und den Beschlüssen des Völkerbundesrates vom Februar dieses Jahres. England, Frankreich und Japan haben bereits ihre Zustimmung erteilt.

Die italienische Zustimmung wird noch erwartet, ist aber gleichfalls sicher.

Die irische Freiheitsbewegung

de Valera kündigt Aufhebung des Treueides zur englischen Krone an

London, 16. März. Vor der Vertagung des Irischen Parlaments am Dienstagabend teilte Ministerpräsident de Valera mit, die Regierung schlage die Entferrnung des Treueides zur englischen Krone aus der irischen Verfassung vor. Dann werde kein Bürger mehr Grund haben, den Befehlen des Vorkriegs zu verweigern. Im Hinblick auf die Organisation der Fianna Fail und deren republikanische Armee lagte de Valera, daß er sich für eine einheitliche Regierung und eine einheitliche Armee einsetze. Der Finanzminister MacEntee kündigte ferner die Absicht der Regierung an, die jährlichen Entschädigungszahlungen an England im Betrag von drei Millionen Pfund einzustellen. Falls diese Maßnahme durchgeführt werde, bräuchten die vorgezeichneten Gehaltskürzungen nicht erfolgen.

Lange Osterferien der Genfer Konferenz

Genf, 16. März. Das Präsidium der Abrüstungskonferenz hat heute vormittag beschlossen, die Arbeiten der Konferenz Ende dieser Woche zu unterbrechen und am 11. April wieder aufzunehmen. Genderson begründete diesen Beschluß damit, daß durch die Völkerbundsoberleitung die Arbeiten der Abrüstungskonferenz eine beträchtliche Störung erfahren hätten und daß es dem Hauptanstoß nicht möglich gewesen sei, durch Klärung grundsätzlicher Fragen die technischen Ausschüsse mit genügendem Arbeitsstoff zu versehen.

An die Erklärungen Gendersons, die nur mühsam die Tatsache verdeckten, daß in den Arbeiten der Abrüstungskonferenz ein völliger Stillstand eingetreten ist, schloß sich eine Ansprache. Fardieu stimmte dem Vorschlag zu, lehnte aber die Verantwortlichkeit Frankreichs für den jetzt eingetretenen Stillstand ab. Der amerikanische Vizepräsident Wilson legte einen formulierten Antrag vor, wonach vom 11. April an zunächst lediglich der Hauptauschuss, bzw. der politische Ausschuss Sitzungen abhalten sollen, bis die Prinzipien soweit geklärt sind, daß die technischen Ausschüsse in erproblicher Weise ihre Arbeiten aufnehmen können. Die Vorschläge des Präsidiums und der amerikanischen Delegation wurden von der Versammlung einstimmig angenommen. In seinem sehr kritisch gehaltenen Schlußwort dankte Genderson den Delegationen für ihre bisher geleistete Arbeit, wobei er allerdings feststellen mußte, daß die Konferenz leider noch nicht an die großen ihr zugehörigen Aufgaben in den vergangenen Wochen herangegangen sei.

Mellon reist am 1. April nach London

Washington, 16. März. (Reuter.) Im Welken Hause wurde gestern Abend zu Ehren des neuen Vizepräsidenten in London, Andrew Mellon, ein offizielles Abschiedsessen gegeben. Mellon gedenkt, am 1. April nach England abzureisen.

Die japanische Kabinettstürze beigelegt

Tokio, 16. März. Entgegen allen bisherigen Erwartungen hat sich Ministerpräsident Tanaka entschlossen, das Amt des Innenministers zu übernehmen. Infolgedessen wird keine weitere Veränderung im japanischen Kabinett eintreten.

Stadtoberordneter Rosenthal und die Sklarek

Berlin, 16. März. Im Sklarekprozeß ist am Mittwoch wieder einmal „araber Tag“, der die mit Spannung erwartete Vernehmung des früheren Stadtoberordneten Rosenthal bringt.

Rosenthal erklärte, die Sklarek hätten nach kaufmännischen Gesichtspunkten Ansehen und Vertrauen genossen. Er habe stets nur das Beste von ihnen gehört und deshalb auch die guten Auskünfte über die Sklarek gegeben. Der Vorsitzende hielt dem Zeugen vor, daß schon Jahre vor seinen guten Auskünften der Kommerzienrat Wamborg die Sklarek entgegengesetzt beurteilt habe. Wamborg habe erklärt, daß die Sklarek sich auf nicht ganz einwandfreie Weise dem Militärdienst entzogen und durch unethische Geschäfte Vermögen erworben hätten. Rosenthal erwiderte, von dieser Auskunft Wamborg sei ihm nichts bekannt gewesen. Die Stadtbauinspektoren hätte er für ehrbare, fähige und zuverlässige Bankfachleute. Auf die Frage des Vorsitzenden, wie es komme, daß man Rosenthal als

den ungekrönten König von Berlin

bezeichnet habe, wozu bei ihm doch alles fehle, erwiderte Rosenthal: „Das ist auch eine nicht zutreffende Charakteristik. Ich war bescheiden und zurückhaltend.“ Vorsitzender: „Es gibt ja auch solche Könige. Vielleicht waren Sie so einer?“ Rosenthal erklärte dann weiter, es sei ihm unverständlich, wie Dolmann sagen konnte, daß er, Rosenthal, sich so für die Sklarekredite eingelassen habe. Jeder Mensch, auch Dolmann, wisse doch genau, daß niemand an ihn herankomme. Auf Vorschlag des Vorsitzenden sagte Rosenthal noch, er habe keine Bedenken gehabt, den Sklarek die Kredite zu gewähren. Er betrete, nach dem Zusammenbruch der Gebrüder Sklarek noch irgendwelche Beziehungen mit ihnen unterhalten zu haben.

(Bei Schluß der Redaktion dauerte die Verhandlung noch an.)

Postwagen beraubt - 350000 Franken Beute

Berlin, 16. März. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung aus Brüssel drangen gestern Abend zwei maskierte Räuber in den Postwagen Brüssel-Antwerpen ein und zwangen die dort befindlichen Beamten unter Vorhaltung eines Revolvers, die Postfächer herauszugeben, die Wertgegenstände enthielten. Sie erbeuteten zwei Säcke im Werte von insgesamt 350000 Franken. Die Räuber brachten dann den Zug zum Stehen und entflohen unerkannt. Sie unterhielten sich während ihres Aufenthaltes im Postwagen in deutscher Sprache.

Franz Gandhi erneut zu Gefängnisstrafe verurteilt. Frau Gandhi wurde in Barbel erneut verhaftet und zu sechs Monaten verhängtem Gefängnis verurteilt.

Die Reichsregierung zu Frankreichs Donauplan

Berlin, 16. März. Die deutsche Antwort auf den tschechischen Donauplan ist dem französischen Vizepräsidenten in Berlin, François-Poncet, am Dienstag zur Weiterübermittlung an die französische Regierung übergeben worden. Die deutsche Stellungnahme geht davon aus, daß sich die Reichsregierung in der Beurteilung der Dringlichkeit einer entschlossenen Aktion für die notleidenden Donaustaaten mit der französischen Regierung in voller Übereinstimmung befindet. Das französische Memorandum nimmt Bezug auf den Bericht des Finanzausschusses des Völkerbundes über die Finanzlage Oesterreichs und Ungarns, der die Aufmerksamkeit der Regierungen dieser beiden Staaten auf die Notwendigkeit gelenkt habe, so bald wie möglich mit gewissen Nachbarländern engere wirtschaftliche Beziehungen herzustellen. Deutscherseits wird darauf hingewiesen,

daß der Finanzausschuss des Völkerbundes bei seiner Empfehlung einer wirtschaftlichen Annäherung Oesterreichs und Ungarns an ihre Nachbarstaaten und andere Staaten von der Erkenntnis ausgegangen sei, daß die genannten Länder zu ihrer wirtschaftlichen Befreiung einer Erweiterung ihres Absatzmarktes bedürften.

Wenn die französische Regierung glaube, ein ähnliches Bedürfnis auch bei den übrigen Ländern des Donaubeckens feststellen zu können, so könne die Reichsregierung dieser Auffassung hinsichtlich der überwiegend agrarischen Donaustaaten Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien nur zustimmen.

Die deutsche Regierung ist immer der Meinung gewesen, daß die beste Lösung zur Überwindung dieser Schwierigkeiten die Schaffung eines Wirtschaftsraumes wäre, der nach seiner Größe und seiner wirtschaftlichen Struktur den Anforderungen der Landwirtschaftlichen Ueberflusses aus den südeuropäischen Agrarstaaten innerhalb seiner Grenzen entsprechen würde.

Dieses Ziel würde jedoch lediglich durch eine Zusammenfassung der Donaustaaten unter sich, wie dies französischerseits vorgeschlagen wird, nicht erreicht werden können. Vielmehr wird ein solcher Wirtschaftsraum auch die großen landwirtschaftlichen Produktionsgebiete Europas mit umfassen müssen.

Ein auf die Donaustaaten beschränkter wirtschaftlicher Zusammenschluß würde überdies für die ebenfalls stark bedrohte deutsche Wirtschaft eine schwer erträgliche Verengung ihres Absatzmarktes zur Folge haben.

Mit der Verwirklichung der durchgehenden Lösung durch Schaffung eines solchen großen europäischen Wirtschaftsraumes wird jedoch nicht so bald gerechnet werden können, wie dies für eine rechtzeitige Hilfe unerlässlich ist.

Deutschland hat deshalb seinerseits nach Wegen gesucht, auf denen die notwendige rasche Abhilfe gegenüber dem gegenwärtigen außerordentlichen Krisenzustand geschaffen werden kann, ohne einer späteren Gesamtlösung vorzugreifen.

Schon die italienische Regierung hat in ihrer nach Auffassung der Reichsregierung durchaus zutreffenden Beurteilung der Lage darauf hingewiesen, daß in der schwierigen Situation Oesterreichs und Ungarns ein Gegenmoment liegt, dessen Beseitigung vorrangig zu erheben ist. Oesterreich kann nach Auffassung der deutschen Regierung eine wirksame und rasche Hilfe dadurch erwarten, daß entsprechend der Anregung des Finanzausschusses des Völkerbundes, seine Nachbarländer und andere Staaten für die Aufnahme der österreichischen Industrie vorzuzugte Bedingungen schaffen. Ungarn und den übrigen

Donaustaaten mit überwiegend agrarischer Erzeugung wird ebenfalls zunächst dadurch eine wesentliche Erleichterung gebracht werden können, daß ihre Getreideüberschüsse von den europäischen landwirtschaftlichen Produktionsgebieten unter günstigeren Bedingungen aufgenommen werden. Diese beiden Maßnahmen entsprechen insbesondere völlig den Vorschlägen, die von der französischen Regierung selbst am 16. Mai 1931 in dem sogenannten „Konstruktivplan“ dem Europa-Ausschuss des Völkerbundes mit dem Ziel einer sofortigen und unmittelbaren Hilfe für Oesterreich und die Agrarländer des Donaubaumes vorgelegt wurden.

Auch die Reichsregierung steht in einer Einigung aller beteiligten Staaten auf der Basis dieser Vorschläge den besten Weg für eine rasch wirksame Hilfe für die in Frage kommenden Donaustaaten. Sie hat sich in ihrer Antwort auf den Appell Oesterreichs bereits vorbehaltlos auf diesen Vorschlag gestellt.

Sie hat überdies ebenso wie die französische Regierung die praktische Verwirklichung der Vorschläge durch Abschluß von Verträgen mit Ungarn und Rumänien über die bevorzogene Abnahme von Getreide aus diesen Ländern schon in Angriff genommen. Sie ist im gleichen Geiste der Hilfsbereitschaft und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereit, sich an der weiteren internationalen Behandlung dieser Frage zu beteiligen. Ebenso wie der italienischen Regierung erkennt sie schließlich auch der Reichsregierung nicht zuwider, den vorgezeichneten Meinungsaustrausch auf die Vertreter der interessierten Donaustaaten zu beschränken. Es liegt vielmehr gerade im Interesse der Donaustaaten selbst bei dem Gedankenaustrausch von vornherein die Vertreter der Hauptabstufungsländer, insbesondere Frankreichs, Englands, Italiens und Deutschlands hinzuzuziehen.

England stimmt zu?

Paris, 16. März. Die Genfer Sonderberichterhalter der großen Pariser Blätter berichten übereinstimmend über die Bemühungen des französischen Ministerpräsidenten, den Plan für die Schaffung eines Donaubaundes einen Schritt weiter zu bringen und durch die Gewinnung der Deutschen und Italiens sich Möglichkeiten für eine Konferenz der interessierten Staaten zu schaffen. Allgemein unterrichtet man in diesem Zusammenhang die Haltung der beiden letztgenannten Mächte, die die Absichten Tardieus besonders erschweren. Vertinax setzt sich im „Echo de Paris“ aber dennoch optimistisch und stellt einleitend fest, daß trotz der besonderen Schwierigkeiten, die der Verwirklichung des Planes entgegenstehen, schließlich mit einem erfolgreichen Ausgang der Bemühungen Tardieus gerechnet werden könne.

England sei ganz und gar für den französischen Plan gewonnen

und habe gerade in diesem Zusammenhang derartig verständnisvolle Absichten an den Tag gelegt, wie man sie seit langem von einer englischen Regierung nicht mehr gewohnt gewesen sei. Aber auch Italien werde sich voraussichtlich über kurz oder lang für den Plan gewinnen lassen.

Steuerschwund in Amerika

Washington, 16. März. Die Einkommensteuer in den Vereinigten Staaten weist für das Jahr 1931 einen Minderertrag auf. Finanzbeamte schätzen das Einkommen aus der Einkommensteuer auf weniger als eine Milliarde Dollar gegenüber 2½ Milliarden im Jahre 1930. Unter diesen Umständen wird mit einer Erhöhung des Festbetrages auf 2½ Milliarden Dollar bis Ende Juni gerechnet.

Advertisement for a cinema or theater listing various plays and showtimes.